

Antworten der AfD zu den Wahlprüfsteinen des Bündnisses „Rettet die Familie“

Nach Mitteilung der AfD handelt es sich um eine vorläufige Auskunft auf der Grundlage des Wahlprogramms , da es noch kein Parteiprogramm gibt.

Frage 1: Was will Ihre Partei gegen die dadurch weiter verstärkte Familienarmut tun?

zu 1. Die Alternative für Deutschland hat sich erst im April dieses Jahres gegründet. Ein ausführliches Parteiprogramm wird gerade erst in zahlreichen Arbeitsgruppen auf Bundes- und Landesebene erarbeitet. Darin wird auch die Familienpolitik einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Bereits mit unserem Wahlprogramm haben wir uns hier deutlich positioniert: die Familie ist die Keimzelle des Staates. Sie können daher davon ausgehen, dass Schutz und Förderung der Familie im Programm einen hohen Stellenwert haben wird. In welcher Form die finanzielle Absicherung der Familie erfolgen sollte - ob durch steuerliche Entlastung oder auch direkte Zuwendungen - ist derzeit noch nicht entschieden.

Frage 2: Anerkennung elterlicher Erziehungsleistung
Wie steht Ihre Partei zu der Auffassung, ein Elterngeld sollte – um gerecht zu sein – nicht als Lohnersatz konzipiert sein, sondern grundsätzlich die elterliche Erziehungsleistung anerkennen?

zu 2) Zu dieser Frage gibt es noch keine Festlegung der Partei (siehe oben).

Frage 3: Wahlfreiheit bei Betreuung/Erziehung von Kleinkindern

zu 3) Die Alternative für Deutschland setzt sich entsprechend ihres liberal-konservativen Profils grundsätzlich für weniger statt mehr Staat in der Erziehung ein. Kindergärten und Schulen dürfen nicht allein als Aufbewahrungsstätten dienen, um die Eltern der Erwerbstätigkeit zuzuführen.

Frage 4: Gleichberechtigung für ältere Mütter

zu 4) Zu dieser Frage gibt es noch keine Position der AfD. Grundsätzlich sollte das betreffende Gesetz auf seine Übereinstimmung mit der Verfassung überprüft werden.

Frage 5: Finanzielle Gleichbehandlung von familiärer und institutioneller Pflege

zu 5) Zu dieser Frage gibt es ebenfalls noch keine konkrete Position der Partei. Die Alternative für Deutschland will aber grundsätzlich Familien gegenüber staatlichen Institutionen aufwerten.

Frage 6: Unterhaltsverpflichtung in der Ehe

zu 6) Ehe und Familie stehen aus guten Gründen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Welche rechtlichen und fiskalischen Maßnahmen geeignet sind, dieses Verfassungsziel zu verwirklichen, bzw. welche ihm auch widerstreben könnten, muss unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen Wandels überprüft werden.